Deutscher Bundestag Ausschuss für Kultur und Medien 19. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Abgeordneten Erhard Grundl, Margit Stumpp, Kirsten Kappert-Gonther, Tabea Rößner und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung "Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)" (BT-Drucksache 19/3400)

Einzelplan 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

zur Erhöhung des Titels "Bundesvereinigung soziokultureller Zentren"

Kapitel: 0452 – Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur

und Medien

Titelgruppe: 01 – Allgemeine kulturelle Angelegenheiten

Titel: 685 19 – 187 Förderung von Kunst und Kultur von

gesamtstaatlicher Bedeutung,

1.1 "Bundesvereinigung soziokultureller Zentren"

Ansatz im

Haushaltsentwurf 2019: 165 T €.

Antrag: Im Kapitel 0452 soll der Titel "Bundesvereinigung

soziokultureller Zentren" um 85 T € erhöht werden. Der

Titel ist mit insgesamt 250 T € auszustatten.

Begründung:

Die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. engagiert sich als Dach- und Fachverband für die Anerkennung und angemessene Förderung der soziokulturellen Arbeit, vor allem auf Bundesebene. Mitglieder der Bundesvereinigung sind die jeweiligen Landesverbände, in denen derzeit ca. 575 soziokulturelle Zentren, Netzwerke und Initiativen in Deutschland organisiert sind.

Im Koalitionsvertrag verpflichtet sich die Große Koalition auf eine Stärkung der Soziokulturellen Zentren: So heißt es explizit im Kapitel zur Kulturellen Bildung: "Soziokulturelle Zentren spielen eine zentrale Rolle für Integration und Teilhabe vor Ort und sollen gestärkt werden." (S. 167, Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode). Weiter heißt es, dass unter der Überschrift "Agenda für Kultur und

Zukunft" die Kulturförderung angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen wie Integration, Inklusion, Demografie, Digitalisierung, Gleichstellung, Populismus, Zukunft von Arbeit und Kommunikation weiterentwickelt werden soll (ebd. S. 163).

Wo, wenn nicht auch in den Soziokulturellen Zentren treten diese Herausforderungen und darin implizierten Spannungsfelder in Erscheinung? So arbeiteten 2017 50% aller soziokulturellen Zentren mit Kindern und Jugendlichen und 45% mit älteren. 66% hatten einen interkulturellen Anspruch in ihrer Arbeit und 100% der Zentren im ländlichen Raum arbeiteten mit Methoden der kulturellen Bildung. Insgesamt wurden mehr als 294.000 Veranstaltungen mit rund 12 Mio. Besuchen durchgeführt.

Diese Arbeit und die übergeordnete Vernetzung und Beratung durch die Bundesvereinigung muss deutlich mehr wertgeschätzt werden, insbesondere in Zeiten, in denen rechte Kräfte unserer Gesellschaft gegen Integration, Diversität und kulturelle Bildung kämpfen.

Der hier beantragte Aufwuchs ist mit 85 T € im Verhältnis zum Etat der BKM äußerst gering. Für die Bundesvereinigung aber würde eine Aufstockung ihrer Mittel eine große Hilfe bedeuten, ihre wertvolle Arbeit auszubauen. Wir bitten daher darum, den Ankündigungen im Koalitionsvertrag Taten folgen zu lassen und dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Die Vernetzung auf Bundesebene in Form der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren gewährleistet Beratung, Fortbildung, Austausch und Unterstützung, sowohl für bereits existierende Zentren und Initiativen als auch für neu entstehende. Die soziokulturellen Bundesvereinigung hat die Anerkennung der Selbstverwaltung als Bestandteil des kulturellen Lebens festen und die Gleichbehandlung der Zentren etablierten Kultureinrichtungen mit förderungspolitisch als auch steuerrechtlich zum Ziel. Jedes Jahr werden die Zentren statistisch evaluiert und die Ergebnisse transparent von der Bundesvereinigung aufbereitet, so dass valides Datenmaterial zur Situation der Soziokultur in Deutschland vorliegt. Die Bundesvereinigung gibt Fachpublikationen und die Zeitschrift "SOZIOkultur" heraus. Als Vernetzungsangebot und Informationsportal betreibt sie die Internetseite www.soziokultur.de.

In ihrer aufgezeigten Arbeit und bei den Herausforderungen der kommenden Jahre gilt es die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren zu unterstützen und die Mittel langfristig aufzustocken. Die zusätzlichen Mittel sollen in die personelle Ausstattung der Geschäftsstelle fließen, die seit Jahren unterbesetzt ist. Dazu zählen Buchhaltung, die bisher auf Honorarbasis abgegolten werden muss, Öffentlichkeitsarbeit (Cross-Media-Redaktion) und Honorare für Beratungsleistungen zu verschiedenen Themen. Insbesondere im Bereich der Rechtsberatung bedarf es eines kontinuierlichen qualitativen und quantitativen Ausbaus - auf diesen Beratungsservice sind zahlreiche unterfinanzierte und von Schließung bedrohten soziokulturellen Zentren angewiesen.

Durch das nun aufgesetzte Programm des BMI und BKM "UTOPOLIS – Soziokultur im Quartier, das wir als einen ersten Schritt für die Verbesserung der Situation Soziokulturelle Zentren begrüßen, fallen zusätzliche Aufgaben an.